



**Kranken-Unterstützung.**

Table with 2 columns: Age/Duration and Contribution (Mk.). Rows include 1-3 years, 3-6 years, 1-3 years, 3-6 years, 1-3 years, 3-6 years.

**Umgang-Unterstützung (bis 100 Kilometer Entfernung)**

Table with 2 columns: Age/Duration and Contribution (Mk.). Rows include 1-3 years, 3-6 years, 1-3 years, 3-6 years, 1-3 years, 3-6 years.

**Notfall-Unterstützung.**

Notfallunterstützung gemäß § 2, Ziffer 2 kann innerhalb eines Jahres von einem Mitgliede höchstens einmal beantragt werden...

**Sterbe-Unterstützung.**

Erstet ein verheiratetes Mitglied oder dessen Ehefrau, so kann vom Vorstand eine Unterstützung nach folgender Skala gewährt werden.

Table with 2 columns: Age/Duration and Contribution (Mk.). Rows include 1-3 years, 3-6 years, 1-3 years, 3-6 years, 1-3 years, 3-6 years.

Lebende Mitglieder erhalten die Hälfte der vorstehenden Unterstützungsskale.

**§ 11. Pflichten der Bevollmächtigten.**

Ziffer 2 soll lauten: Die Ortsverwaltung ist berechtigt, von den für Verbandbeiträge eingehenden Geldern von allen veräußerten Beitragsmarken in der 1. Klasse je 20 Pfg. in der 2. Klasse je 15 Pfg. in der 3. Klasse je 10 Pfg. in der 4. Klasse je 7 Pfg. pro Beitragsmarke zur Bestreitung der örtlichen Verwaltungsausgaben zu verwenden.

Ziffer 2, Abs. 3: Die Besoldung der angestellten Ortsbeamten erfolgt durch die Hauptkassa und haben dafür die betreffenden Zahlstellen, in denen Ortsbeamte angestellt sind, aus den ihnen verb. eunden Einnahmen von 24, 15, 10 und 7 Pfg. pro Beitragsmarke zwei Drittel davon an die Hauptkasse abzuführen.

Ziffer 5: Die Ortsverwaltung ist verpflichtet, von dem Ort verbleibenden Einnahmen aus den Mitgliederbeiträgen zur Bestreitung der Ausgaben der zuständigen Bezirksverwaltung pro Mitglied und Quartal 10 Pfg. zu entrichten, welche je am Schlusse des Quartals mit der Abrechnung an die Hauptkasse einzusenden sind.

**Zu § 16 „Verbandsstage“.**

Jeder Bezirk unter Aufsichtung aller Zahlstellen von 300 und mehr Mitgliedern bildet einen Wahlbezirk, jedoch darf eine Zahlstelle nicht mehr als einen Kandidaten vorzuschlagen. Stimmentragung auf einen Kandidaten ist nicht zulässig. Auf je 300 Mitglieder entfällt ein Delegierter, übersteigt der Rest die Zahl von 400 Mitgliedern, so ist ein weiterer Delegierter zu wählen.

Jede Zahlstelle, die 300 Mitglieder und darüber zählt bildet einen Wahlkreis für sich. Hier ist die Wahl in der Weise vorzunehmen, daß 300-1200 einen, über 1200-2000 Mitglieder zwei, über 2000-3000 drei, über 3000-4000 vier, über 4000-5500 Mitglieder fünf und über 5500 Mitglieder sechs Delegierte wählen.

Der Vorstand.

**Protokoll**

Über die Sitzung der Schlichtungskommission der Schuhindustrie des Württembergischen Bundes, Bezirk 7, Stuttgart am 25. November 1919.

Anwesend: Reichsrat Dr. Balmüller als Vorsitzender. Die Herren: Dr. Hahner-Stuttgart, Dählmann-Luttlingen, Albert Weber-Brünnlingen, als Arbeitgebervertreter; Philipp Blumhagen-Comstätt, August Steiner-Comstätt, Georg Adam Guber-Luttlingen, als Arbeitnehmervertreter.

In der Arbeitstreitfrage der Firma W. Spieß, Schuhfabrik G. m. b. H., Stuttgart gegen den Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands, Bezirk 2, S. H. Stuttgart, erschienen für die Arbeitgeberin Rechtsanwalt Oriebl mit Rechtsanwält Dr. Rager, für den Zentralverband Verbandsbeamter Leg und Obmann des Arbeiterausschusses Matthes.

Der Vertreter der Arbeitgeberin stellte und begründete seine Anträge wie in dem Schreiben vom 11. d. Mts. Die Vertreter der Arbeitnehmer beantragten kostenpflichtige Abweilung dieser Anträge und für den Fall, daß gegen die Arbeitgeberin entschieden werde, eine Festsetzung dahin, daß die 47stündige Arbeitszeit entfallenden Lohnausfall bis zu 47 Stunden wöchentlich der Arbeitgeberin nachzu zahlen.

Nach Verhandlung und Beratung verkündete die Schlichtungskommission folgende Entscheidung:

- 1. Es wird festgesetzt, daß die Arbeitgeberin der Firma W. Spieß, Schuhfabrik G. m. b. H., verpflichtet ist, die im Tarifvertrag festgelegte wöchentliche Arbeitszeit von 47 Stunden einzuhalten.
2. Solange die Arbeitgeberin die 47stündige Arbeitszeit nicht einzuhalten bereit ist, ist sie vertragsbrüchig und zum Schadenersatz verpflichtet. Die Firma Spieß ist in diesem Falle nicht verpflichtet, für die an 47 Stunden ausfallende Zeit Lohn zu bezahlen.
3. Auf den Antrag des Zentralverbandes wird festgesetzt, daß die Firma Spieß bei Einführung der 47stündigen Arbeitszeit verpflichtet ist, ihren Arbeitern für 47 Stunden Arbeit zu verschaffen, soweit sie nicht durch Gründe, die sie nicht zu vertreten hat, daran behindert ist. Der weitergehende Antrag des Zentralverbandes wird abgewiesen.
4. Der Zentralverband hat die Kosten des Verfahrens zu tragen.

**Gründe:**

Der Vertreter der Arbeitgeberin hat glaubhaft dargelegt, daß seine Firma neuerdings infolge Beschaffung ausreichender Brennstoffe in die Lage versetzt ist, die volle 47stündige Arbeitszeit in ihrem Betriebe aufzunehmen und auf abzulebende Zeit durchzuführen. Unter diesen Umständen ist die Weigerung der Arbeitgeberin, die in § 2 des Reichsarbeitsvertrages festgelegte 47stündige Arbeitszeit tatsächlich auch einzuhalten, nicht berechtigt. Solange der Arbeitgeber in dem Betriebe durchzuführen zu können, können die Arbeitnehmer nicht einseitig von sich aus an einer nur 45stündigen Arbeitszeit festzuhalten. Nach der Auffassung der Schlichtungskommission ist es nicht einmal im Wege gegenseitiger Vereinbarung möglich, ein fürzere als die tarifliche Arbeitszeit in dem Betrieb einzubalten, solange aus tatsächlichen Gründen die Durchführung der tariflichen Arbeitszeit überhaupt nicht möglich ist. Sollte die Arbeitgeberin auch fernerhin an ihrer Weigerung, 47 Stunden wöchentlich zu arbeiten, festhalten, so bricht sie den Tarifvertrag und macht sich schadenersatzpflichtig. Des weiteren ist die Arbeitgeberin in diesem Falle nicht verpflichtet, etwaigen Lohnausfall bis zu 47 Stunden zu bezahlen; dagegen gibt eine solche Verletzung des Tarifvertrages durch die Arbeitgeberin der Arbeitgeberin nicht aus ihrerseits das Recht, nunmehr von sich aus die Arbeitszeit nach beliebig weiter zu verkürzen, solange ihr die Einhaltung einer 47stündigen Arbeitszeit tatsächlich möglich ist.

Der Antrag des Zentralverbandes, die Firma Spieß zu verpflichten, ihren Arbeitern für die ganze Zeit, in der nur 30 Stunden wöchentlich gearbeitet wurde, den Lohnausfall bis zu 47 Stunden nachzu zahlen, wäre nur dann begründet, wenn der Zentralverband behaupten und beweisen könnte, daß die bisherige Verkürzung der Arbeitszeit im Betrieb der Firma Spieß aus Gründen erfolgte, die im Belieben der Firma gelegen hätten und von ihr zu vertreten gewesen wären. Ein solcher Beweis ist nicht erbracht. Beweis in dieser Richtung nicht einmal angetreten worden; der Vertreter der Arbeitgeberin hat im Gegenteil glaubhaft dargelegt, daß die Verkürzung der Arbeitszeit während eines ganzen Jahres vor allem auf Materialmangel zurückzuführen war, und darauf, daß die Firma Spieß von vorübergehender wüßiger Stilllegung ihres Betriebes und Entlassung von Arbeitern in größerem Umfang im Gegensatz zu anderen Firmen abgeben und vorgezogen hat, ihren Betrieb längere Zeit mit der verkürzten Arbeitszeit von 30 Stunden aufrecht zu erhalten. Der Antrag des Zentralverbandes, die Firma Spieß zu verpflichten, für die rückliegende Zeit ihren Arbeitern den Lohnausfall bis zu 47 Stunden nachzu zahlen, war deshalb abzuweisen; dagegen ist die Firma Spieß verpflichtet, sobald die 47stündige Arbeitszeit bei ihr durchzuführen ist, auch dafür Sorge zu tragen, daß die im Betrieb befindlichen Arbeiter auch beschäftigt sind, soweit sie nicht durch Gründe, die sie nicht zu vertreten hat, daran behindert ist.

Da im wesentlichen die Entscheidung gegen den Zentralverband auszufallen ist, waren ihm die Kosten des Verfahrens zuzuschreiben.

In der Arbeitstreitfrage des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands, Bezirk 2, S. H. Stuttgart, gegen die Firmen Ehr. Fedel, J. Altmann, W. Rosenberger, W. Mayer, J. Manger, Ehr. Unger, W. Nollenberger, R. Bekhner und P. Bekhner, Tuchschuhfabriken in Kirchheim a. N. und die Firmen J. Kell, Fr. Weller, Wm. Hähle, R. Bekhner und P. Bekhner, Tuchschuhfabriken in Kirchheim a. N. umhüllte seinen Antrag zu stellen, da diese Firmen wüßlicherweise handwerkstümliche Betriebe seien, und

unter Umständen nicht dem Reichsarbeitsvertrag unterworfen. Gegen die übrigen Beklagten stellte und begründete er seinen Antrag wie in der der Schlichtungskommission vorgelegten Klageschrift. Die Vertreter der Beklagten beantragten kostenpflichtige Abweisung der Klage und begründeten ihre Stellungnahme im wesentlichen damit, daß die beklagten Firmen schon seit Januar d. Js. Schuhe mit Leppichfutter als Oberstoff herstellen, unter dem ein Millitärstoff als Futter verwendet worden sei; seit Mai d. Js. werde der Leppich als Futter und das Millitärstoff als Oberstoff verwendet. Weder seitdem noch heute seien besondere Anordnungen für diese Arbeit festgesetzt worden. Schuhe mit Leppichfutter seien leichter zu bearbeiten als Schuhe mit Sealsinfutter, auch sei in dem mit den beteiligten Arbeitern am 1. November abgeschlossenen Tarif, mit denen die Arbeiter sich ausdrücklich einverstanden erklärt hätten, Schuhe mit Leppichfutter als Oberstoff nicht aufgenommen worden.

Verbandsbeamter Leg erwiderte, dies sei deshalb nicht geschehen, weil die Streitfrage wegen der Schuhe mit Leppichfutter damals bereits bei der Schlichtungskommission abhängig gewesen sei, und alle Beteiligten die Auffassung vertreten hätten, daß die fristige Frage von der Schlichtungskommission unabhängig von den festgelegten Anordnungen entschieden werden sollte.

Nach Verhandlung und Beratung wurde folgende von der Schlichtungskommission beschlossene Entscheidung verkündet:

„Die beklagten Firmen sind verpflichtet, für Schuhe aller Art mit Leppichfutter mit der Arbeitgeberin den zu zahlenden Anfordern gegenteilig zu vereinbaren und die Kosten des Verfahrens zu tragen.“

**Gründe:**

Nach der Uebersetzung der Schlichtungskommission hat Schuhe mit Leppichfutter schwieriger zu werden, als die in Ziffer 1 des Tarifs der beklagten Firmen aufgenommenen Schuhe mit gewöhnlichem dämmen Futter. Das Zweite sind Schuhe mit Leppichfutter ist mindestens ebenso schwierig wie das von Schuhen mit Sealsinfutter. Für beide Arten von Schuhen ist nach § 6 Abs. 1 des Reichsarbeitsvertrages die Festlegung besonderer Anordnungen erforderlich. Im vorliegenden Falle wird es sich empfehlen, die Festlegung dieser Anordnungen gelegentlich der Neuregelung sämtlicher Anordnungen der Frankfurter Vereinbarung vom Oktober 1919 zu treffen. Bei dieser Gelegenheit können gleichzeitig die unter den beklagten Anfordern angebrachten Anordnungen für Schuhe mit Leppichfutter mit festgelegt und für den Fall, daß auf die Weise eine Erhöhung der bisher bezahlten Anfordern fest gegeben sollte, die für die Vergangenen etwa nachzu zahlenden Beträge berechnet werden. Für alle etwa künftig zu zahlenden beklagten Firmen und ihrer Arbeitgeberin aufzutretenden Zwischenfälle ist vorzuzugleich zu bemerken, daß bei jeder Änderung in den Arbeitsbedingungen, die eine Veränderung in der Leistung des Arbeiters hervorruft, nach dem Sinn des Reichsarbeitsvertrages neue Anordnungen vereinbart werden müssen.

Da die beklagten Firmen antragsgemäß zu vereinbaren waren, haben sie die Kosten des Verfahrens zu tragen.

Zur Beurkundung: Reichsrat Dr. Balmüller.

**Mitteilungen.**

Sozial. Organisation ist das Zaubermittel... Seit dem allernächsten und alle Berufs der Lebensinteresse in der Sozialorganisation zu wahren haben, erkennen dies die Kollegen am Ort auch und schlossen sich dem Zentralverband an. Die Sammlungen und Verbandsbeiträge erzielten noch die Kenntnis, daß nur durch gemeinschaftliches Handeln in der Sozialorganisation bessere Lohn- und Lebensbedingungen erreicht werden können. Friede und Frieden, wie es im nächsten liegt, gingen vor Ende Oktober daran, zeitigen besten Beziehung unserer Arbeit durch Tarifvertrag festlegen. Wir gelangen an die Sozialorganisation mit dem Tarifvertragsentwurf, plösen schriftliche Verhandlungen unterbreiteten eine Tarifkommission, aus welcher ein Tarif herausgearbeitet wurde. Für Zellulosearbeiter beträgt der Mindestlohn 77,50 Mk. pro Arbeiter erhalten Wochenlohn 76,80 Mk. pro Arbeiter wird bezahlt für Herren- oder Damenböden in der oder farbigen Beider 27,00 Mk. Herren- oder Damenböden, 21,00 und 18,00, Damenböden genügt 20,00 und 17,00 Herrenböden und Hüfte genügt 5,00 und 4,50, genügt 3,50 und 3,00, Hüfte genügt 1,50 und 1,20. Der Tarif ist für ein viertel Jahr abgeschlossen. Zwei Drittel Kollegen sind in Erstklassen-Geschäften beschäftigt. Kollegen ein schöner Ansofferfolg. Beträgt doch der Verdienst pro Woche 15,00-20,00 Mk. Jeder Arbeiter verpflichtet laut Vertragsbestimmung verpflichtet, den vollen Lohn zu zahlen. Wo Abweichungen vorkommen sollten, der Zentralverband für Erfüllung sorgen. — Aus Reich werden wir dem Verband auch weiter die Treue und die sich keiner verstimmen durch die Vertragsbestimmung, am 1. Januar 1920 eintritt. Die ja doch nur ihre letzten Endes hat in der Entwertung des Geldes. Besondere Versammlungen und rüfren sich zu neuen Erfolgen.

Eigenriedersdorf. Die hiesige Zahlstelle, welche meist über 700 Mitglieder zählt und als erste im Württemberg voranmarschiert, hielt am 6. Dezember ihre dritte Monatsversammlung ab. Das ca. 300 Personen umfassende Vereinsmitglied erwies sich in den letzten Monaten weniger als klein, jedoch viele, wie schon früher, vor den ca. 300 Erschienenen einen ausgezeichneten württembergischen Vortrag über die 1920 im Reich strebende





